

Windkraft-Ausschreibung deutlich überzeichnet

[01.04.2026] Die Nachfrage nach neuen Windkraftprojekten in Deutschland bleibt hoch. So war die jüngste Ausschreibung mehr als doppelt überzeichnet. Branchenvertreter sehen darin ein Signal für zusätzliche Ausbaupotenziale.

Die [Bundesnetzagentur](#) hat die Ergebnisse der Ausschreibungsrunde für Windenergieanlagen an Land mit dem Gebotstermin 1. Februar 2026 veröffentlicht. Wie die Behörde mitteilt, wurde das Ausschreibungsvolumen von 3.445 Megawatt vollständig vergeben. Insgesamt gingen 924 Gebote mit einer Leistung von 7.858 Megawatt ein. Damit war die Ausschreibung mehr als doppelt überzeichnet. Den Zuschlag erhielten 439 Gebote. Der durchschnittliche mengengewichtete Zuschlagswert lag bei 5,54 Cent pro Kilowattstunde und damit unter dem Wert der vorherigen Runde von 6,06 Cent. Er lag zudem rund 24 Prozent unter dem gesetzlich festgelegten Höchstwert von 7,25 Cent pro Kilowattstunde.

Niedersachsen mit größtem Zuschlagsvolumen

Das größte Zuschlagsvolumen entfiel mit 957 Megawatt bei 96 Zuschlägen auf Niedersachsen. Auf den weiteren Plätzen folgen Nordrhein-Westfalen mit 661 Megawatt und 100 Zuschlägen, Sachsen-Anhalt mit 438 Megawatt und 53 Zuschlägen sowie Brandenburg mit 396 Megawatt und 60 Zuschlägen. Bayern und Baden-Württemberg erhielten zusammen nur zwei Prozent des Volumens. Heidebroek sagte dazu: „Bedenklich ist, wie wenige Zuschläge in den südlichen Bundesländern erteilt wurden.“ Bund und Länder müssten für mehr Investitionssicherheit sorgen.

Investoren stehen bereit

Laut dem Bundesverband WindEnergie ([BWE](#)) zeigt die hohe Nachfrage, dass die Genehmigungen vorliegen und die Investoren bereitstehen. BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek erklärte dazu: „Die starke Überzeichnung zeigt klar: Die Genehmigungen sind vorhanden und die Investoren stehen bereit, den Ausbau der Windenergie zu beschleunigen.“ Kritisch äußerte sich die BWE-Präsidentin auch zu formalen Ausschlüssen von Geboten. „Selbst bei geringen Formfehlern muss ein Gebot ausgeschlossen werden“, sagte sie. Sie kündigte an, Lösungsvorschläge in die geplante Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes einzubringen.

(al)